



Runder Tisch
KLIMANOTSTAND
Aachen

Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2021

Fragen bearbeitet von:
Rudolf Henke MdB

Partei:
CDU

Disclaimer:

Im Folgenden verwenden wir für sämtliche klimawirksamen Treibhausgase die Bezeichnung CO₂ und gebrauchen in diesem Sinne die Begriffe CO₂ und CO₂-Äquivalente synonym.



Allgemein zum Klima

Mit dem Abkommen von Paris im Jahr 2015 hat sich Deutschland verbindlich dem Ziel verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf deutlich unter 2 Grad Celsius, wenn möglich 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen.

Eine schnelle und umfassende Eindämmung des Klimawandels ist daher nicht nur aus moralischen (Klimagerechtigkeit, historische Verantwortung) oder eigennützigen (stabileres Wetter, politische Stabilität), sondern auch aus völkerrechtlichen Gründen in der nächsten Legislatur geboten.

Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Jahr noch den Aspekt der Generationengerechtigkeit hinzugefügt, also das Recht zukünftiger und junger Generationen, nicht alle Einsparungen alleine schultern zu müssen.

Die Folgen einer Erderwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad Celsius sind bereits schwerwiegend (siehe Zusammenfassung der NASA¹). Die Folgekosten des Klimawandels und der in den letzten 30 Jahren versäumten Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung belaufen sich schon jetzt alleine in Deutschland auf viele Milliarden Euro.

1. Betrachten Sie den sich beschleunigenden Klimawandel als die größte Herausforderung der Menschheit in den nächsten Jahrzehnten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Der weltweite Ausstoß an Treibhausgasen liegt heute bei jährlich ca. 51 Mrd. Tonnen. Um das Klima zu schützen muss er so schnell es geht auf 0 gesenkt werden. Wir können aber nicht erwarten, dass die Menschen in Asien, Afrika oder Lateinamerika ihren Energiebedarf in diesem Verhältnis senken. Also brauchen wir eine weltweite vollständige Transformation der Energieerzeugung mit einem kompletten Ausstieg aus der Verbrennung fossiler Energieträger. Für Deutschland mit einem Anteil an Treibhausgasemission von ca. 2 % bedeutet das Herausforderung und Chance zugleich. Wenn es uns gelingt, Deutschland in ein klimaneutrales Industrieland zu verwandeln, wird sich die ganze Welt für die Technologien und Innovationen interessieren, mit denen wir das schaffen. Der Schlüssel dazu liegt in einem klugen Management der Emissionsrechte und einer innovationsfreundlichen Gestaltung des deutschen, europäischen und globalen Energiemarktes. Es geht um die Entfesselung eines weltweiten Wirtschaftswunders, nicht um Verbote sondern um Motivation und Einsicht. Ausgangspunkt der notwendigen internationalen Vereinbarungen ist das Pariser Klimaschutzabkommen.

2. Bekennen Sie sich zum 1,5 Grad-Ziel?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich setze mich verbindlich für die Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045 ein. So schafft Deutschland seinen Beitrag, um international den 1,5 Grad-Pfad zu beschreiten. Dabei setze ich auf neue Technologien und Innovationen. Zusätzlich strebe ich zum Erreichen der Pariser Klimaziele internationale Klimakooperationen an, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur zu begrenzen. Das Ziel im Bundesklimaschutzgesetz ist es, die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren, um dann auf einem konkret beschriebenen Pfad bis 2040 88 Prozent Minderung und bis 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Ich fürchte, dass diese Ziele zwar das CO₂-Restbudget für den 2 Grad-Pfad erreichen können, nicht aber den für den 1,5 Grad-Pfad. Deshalb sind hier weitere Verbesserungen und ein höherer Ehrgeiz nötig. Deutschland soll als Industrieland eine große Verantwortung übernehmen, damit bis 2050 weltweit CO₂-Neutralität erreicht wird. Bei all dem bleibt es besonders wichtig, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung mit der Wahrnehmung sozialer Verantwortung zu verbinden. Jedenfalls dürfen bei den konkreten Schritten zur Klimaneutralität die Schwächsten in der Gesellschaft nie außer acht gelassen werden — Stichwort: Sozialverträglichkeit.

1 <https://climate.nasa.gov/news/2878/a-degree-of-concern-why-global-temperatures-matter/>



3. Erkennen Sie an, dass innerhalb der kommenden 10 Jahre bereits unumkehrbare Kipppunkte überschritten sein könnten, die verheerende Auswirkungen haben könnten?

Ja Nein

4. Erkennen Sie an, dass Wetterextreme der letzten Jahre (z.B. Hitzeperioden, extreme Niederschlagsmengen) zum Teil auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sind und solche Ereignisse bei fortschreitender Erderwärmung immer häufiger auftreten werden?

Ja Nein

5. In Deutschland werden 2% der weltweiten Emissionen emittiert. Die Verantwortung Deutschlands für den Ausstoß von CO₂-Emissionen geht aber weit darüber hinaus. Die Berücksichtigung der ausgelagerten CO₂-Emissionen würde zum Beispiel zu einem deutlich höheren Wert führen. Sind Sie bereit, diese Sicht als Grundlage Ihres politischen Handelns festzuschreiben und als Grundlage für alle Gesetzgebungsverfahren zu betrachten?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich werde mich dafür einsetzen, dass eine verbindliche Nachhaltigkeitsprüfung für alle Gesetze anhand der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie für eine generationengerechte Politik verankert wird. Entsprechende Nachhaltigkeitsindikatoren bilden die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen unseres Lebens bestmöglich ab und schaffen eine verbesserte Gesetzesfolgenabschätzung für Deutschlands Zukunft. Bei all dem bleibt es besonders wichtig, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung mit der Wahrnehmung sozialer Verantwortung zu verbinden. Jedenfalls dürfen bei den konkreten Schritten zur Klimaneutralität die Schwächsten in der Gesellschaft nie außer acht gelassen werden – Stichwort: Sozialverträglichkeit

6. Soll das Lieferkettengesetz um Klimaaspekte erweitert werden, auch für Unternehmen mit weniger als 1 000 Mitarbeiter*innen gelten und nicht nur die ersten Glieder der Lieferkette erfassen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Nach Wirksamwerden des deutschen Lieferkettengesetzes und gegebenenfalls auch einer entsprechenden europäischen Regelung möchte ich mich dafür einsetzen, dass die Wirkungen sorgfältig überprüft werden, um das Lieferkettengesetz unter Umständen fortzuentwickeln. Sobald die Transformation des Energiemarktes zu den richtigen Anreizen führt, ist die Erweiterung des Lieferkettengesetzes um Klimaaspekte weniger bedeutsam.



7. Die Strategie der Suffizienz – “was brauchen wir wirklich” – ist die wirksamste Methode, die Emissionen von CO₂ zu vermeiden und Ressourcen zu schonen.

Wollen Sie suffizientes Wirtschaften zur Basis Ihrer Wirtschafts- und Umweltpolitik auf Bundesebene machen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Für mich heißt nachhaltiges Wachstum, den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Die Schließung von Stoffkreisläufen sorgt für neue wirtschaftliche Potenziale und schützt unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Die Kreislaufwirtschaft schont natürliche Ressourcen, spart Energie und Emissionen, schafft Arbeitsplätze und sichert Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Mein Ziel ist es, dass Rohstoffe, die unsere Industrie benötigt, vorrangig im eigenen Land gewonnen und Recyclingrohstoffe eingesetzt werden. Dies unterstützt zum einen den Klimaschutz und macht Deutschland zum anderen unabhängiger von Importen aus dem Ausland. Auf einer solchen Basis der Kreislaufwirtschaft wird auch die digitale Wirtschaft effizienter bei der Nutzung von Ressourcen.

8. Werden Sie sich in Anbetracht von häufiger auftretenden Hitzewellen (mit tausenden Toten in Deutschland) und Starkregenereignissen (mit hunderten Toten)² dafür einsetzen, dass Anpassungen an die Folgen des Klimawandels auf der Agenda stehen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich unterstütze das im Bundesklimaschutzgesetz enthaltene Ziel der Treibhausgasneutralität Deutschlands bis 2045. Allerdings werbe ich schon jetzt dafür, die Ziele dieses Gesetzes nach aller Möglichkeit zu übertreffen, damit der 1,5-Grad-Pfad nicht verfehlt wird. Zum Erreichen dieses Ziels brauchen wir innovative Technologien, wirtschaftliche Investitionen und ein koordiniertes Handeln von Politik, Industrie und Gesellschaft. Dafür brauchen wir Anreize und effiziente marktwirtschaftliche Instrumente als Leitinstrumente innerhalb eines Instrumentenmixes. Auch in der Landwirtschaft müssen Klima-, Arten- und Moorschutzleistungen durch Kooperation und Anreize gefördert werden. Die Instrumente des Katastrophenschutzes und der Klimaanpassungen müssen den neuen Herausforderungen angepasst werden.

9. Wie stehen Sie dazu, dass bereits heute hunderttausende Menschen jährlich aufgrund von Auswirkungen des Klimawandels³ ums Leben kommen und mehrere hundert Millionen Menschen an der Erderwärmung leiden?⁴

Freitextantwort:

Als politisch engagierter Arzt im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages liegt mir die Gesundheit der Menschen sehr am Herzen. Klimaschutz und Gesundheitsschutz sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Deshalb engagiere ich mich auch im Bereich der Abwehr von gesundheitlichen Gefahren durch den Klimawandel im Gesundheitswesen. Die Instrumente des Katastrophenschutzes und der Klimaanpassungen müssen den neuen Herausforderungen angepasst werden.

2 <https://www.ndr.de/nachrichten/info/podcasts/podcast5126.html>

3 https://www.zeit.de/online/2009/23/klimawandel-tote-studie?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

4 <https://www.theguardian.com/environment/2009/may/29/1>



10. Öffentliche Mittel, als Zuschüsse oder Darlehen, sollen nur für Projekte und Investitionen gewährt werden, die sich am sozio-ökologischen Transformationsprozess orientieren. Dies gilt für inländische (z.B. durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau - KfW) und ausländische (z.B. Hermesbürgschaften) Finanzierungen. Stimmen Sie zu?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Wo es zum Beispiel um den Kampf gegen Hunger, Armut, Seuchen, Gewalt und Arbeitslosigkeit geht, muss sich der Einsatz öffentlicher Mittel vor allem an den genannten Zielen orientieren. Dabei geht es um eine Gesamtstrategie im Einklang mit den SDG der Vereinten Nationen. Nachhaltigkeit verlangt, jedes der beispielhaft genannten Ziele auch für sich selbst ernst zu nehmen. Sobald die Transformation des Energiemarktes zu den richtigen Anreizen führt, wird dies im Einklang mit dem notwendigen sozio-ökologischen Transformationsprozess geschehen.

11. Das Umweltbundesamt beziffert die Folgekosten des Ausstoßes einer Tonne CO₂ mit 195 Euro.⁵ Sollten diese Kosten Ihrer Meinung nach vollständig durch eine CO₂-Steuer abgebildet werden? Ab welchem Jahr soll die Angleichung zwischen CO₂-Steuer und Folgekosten erreicht sein?

Freitextantwort:

Auf dem Weg zur Klimaneutralität muss meines Erachtens auf effiziente marktwirtschaftliche Instrumente als Leitinstrumente innerhalb eines Instrumentenmixes gesetzt werden. Die Kosten müssen dabei nicht vollständig durch eine CO-Steuer abgebildet werden. Mindestens genauso wichtig ist das Instrument des Emissionshandels. Entstehende Mehrbelastungen müssen mit gezielten Entlastungen etwa in den Bereichen Wohnen und Mobilität kompensiert werden. Zudem muss aufbauend auf dem europäischen Emissionshandel für Energie und Industrie der europäische Emissionshandel im Luftverkehr gestärkt und in weiteren Sektoren wie Mobilität und Wärme sowie dem Schiffsverkehr so schnell wie möglich etabliert und ein einheitlicher Preis und globale Anschlussfähigkeit angestrebt werden.



12. Welche drei umweltschädlichen⁶ Subventionen sollten Ihrer Meinung nach am dringendsten abgeschafft oder umweltfreundlich umstrukturiert werden?

1. _____ abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

Meine Priorität ist es, im Rahmen einer Klimateffizienzreform auf das Klimapakete aufzubauen und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf den CO₂-Ausstoß ausrichten. Dieser Vorrang umfasst mehr als drei Aspekte.

2. _____ abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

3. _____ abschaffen umstrukturieren

Kurze Begründung:

13. Werden Sie in Ihrem Kompetenz-/Zuständigkeitsbereich möglichst viele Hebel in Bewegung setzen, um das Abkommen von Paris einzuhalten?
Welche Hebel werden das sein?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Im Falle einer Wiederwahl möchte ich mich über das Bundesklimaschutzgesetz hinaus verbindlich für das Erreichen der Treibhausgasneutralität Deutschlands nicht erst 2045 sondern möglichst weit früher einsetzen. Dafür möchte ich weiterhin die Forschung in neue Technologien und Innovationen zum Beispiel im Rahmen meiner bisherigen Funktion als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung vorantreiben und zum anderen möchte ich mich im Bereich der Abwehr von gesundheitlichen Gefahren durch den Klimawandel im Gesundheitswesen engagieren.

Ein für Aachen wichtiger Punkt ist die Förderung lokaler Projekte zum Klimaschutz: Ein Beispiel ist die Förderung für Aachener Friedhofsflächen im Rahmen des Modellprojekts zur Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen und ländlichen Räumen. Die Steigerung der Artenvielfalt und ruhigen Erholung in der Kaiserstadt wird aktuell durch vom Deutschen Bundestag bereit gestellte mit 628.560 Euro gefördert.

Im Rahmen des Programms "Modellprojekte zur Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen" wird ein Projekt der Kaiserstadt, "Grüne Lunge für Aachen", mit 1.260.000 Euro gefördert.

6 <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/umweltschaedliche-subventionen>
<https://www.greenpeace.de/klimaschaedliche-subventionen>
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/milliardenschwere-subventionen-schaden-dem-klimaschutz-17384905.html>



14. Werden Sie während Ihrer Zeit in Berlin den intensiven Austausch mit Umwelt-, Klima- und Naturschutzinitiativen suchen?

- Ja, ich werde Termine einfordern Ja, aber nicht eigeninitiativ Nein

15. Sind Sie dafür, dass sich Deutschland Ende des Jahres bei der Klimakonferenz in Glasgow für konkreten (also für Maßnahmen und nicht nur für Ziele) und verbindlichen internationalen Klimaschutz inklusive Finanzierungshilfen für die armen und ärmsten Länder einsetzt?

- Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Zur Eindämmung der Erderwärmung ist entscheidend, dass Entwicklungs- und Schwellenländer ihre Wirtschaft von Anfang an klimafreundlich aufbauen. Deshalb möchte ich, dass internationale Erfolge beim Klimaschutz auch in nationalen Klimabilanzen berücksichtigt werden – zusätzlich zu den eigenen Klimaschutzmaßnahmen in Deutschland. Denn jede eingesparte Tonne CO₂ zählt. Deshalb plädiere ich dafür, dass sich die nächste Klimakonferenz in Glasgow darauf verständigt, neben den ambitionierten Klimaschutzmaßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene auch Emissionsminderungen durch Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern auf nationale Klimaziele anteilig anrechnen lässt. Dabei müssen Doppelanrechnungen wirksam ausgeschlossen werden.



Landwirtschaft und Ernährung sowie Forstwirtschaft

Der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft kommen große Rollen zu. Beide Bereiche sind für direkte Emissionen verantwortlich und haben zusätzlich einen enormen negativen Einfluss auf die Biodiversität. Gleichzeitig können Wiesen und Wälder große Mengen an CO₂ speichern und sind damit bedeutend für den Klimaschutz.

Der Wald ist nicht nur Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als Wasserspeicher, Luftfilter, Senke von Treibhausgasen (THG) und nicht zuletzt zur Erholungs- und Gesundheitsvorsorge wichtig. Die in den letzten 200 Jahren überwiegend geförderten Nadelholz-Monokulturen erfüllen diese Funktionen nur sehr unzureichend. Die Folgen des Klimawandels zeigen zudem, dass sie deutlich stärker für Trockenheit und Stürme anfällig sind als Laubbaumarten. In Anbetracht der Tatsache, dass sich Biodiversitätskrise und Klimakrise gegenseitig anheizen, ist eine schnelle Umsetzung der Biodiversitätsstrategien auf Bundesebene, aber auch auf internationaler und EU-Ebene, vonnöten.

1. Wie ist Ihre Meinung zur Förderpolitik im Agrarsektor?
Sollten die Subventionen (aus Steuermitteln) anders verteilt werden?

Mehrere Antworten möglich

Die Verteilung von Fördermitteln, vor allem nach Fläche, sollte beibehalten werden.

Die Fördermittel sollten zum großen Teil für Ökosystemdienstleistungen der Landwirtschaft (etwa Artenvielfalt, Grundwasserschutz) gezahlt werden.

Die Fördermittel sollten vor allem kleinere Betriebe unterstützen.

Weitere Idee:

Vereinfachung des Zugangs kleinerer und mittlerer Schlachtstätten zu Fördermitteln für Investitionen und zur Verbesserung des Tierschutzes - auch über die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK). Zudem sollen Landwirte ihre Umweltleistungen, mit denen Lebensräume für Biodiversität geschaffen werden, über den reinen Kostenersatz hinaus honoriert bekommen.

Weitere Idee:

Um die Hofnachfolge zu sichern, muss die Junglandwirte-Prämie erhalten und noch erweitert werden.



2. Die neue Bundesregierung soll das von den Agrarminister*innen der EU-Mitgliedsstaaten beschlossene "Farm-to-Fork"-Prinzip⁷ zügig umsetzen.

Stimmen Sie zu?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Die Ziele des "Farm-to-Fork-Prinzips" unterstütze ich. Gleichzeitig bin ich der Auffassung, dass die Strategie der EU-Kommission weiter ergänzt und angepasst werden muss sowie ein umfassender und kontinuierlicher Diskussionsprozess in der EU mit allen relevanten Beteiligten geführt werden muss, da Warenströme und Handel global ausgerichtet sind und Krankheitserreger und klimatische Auswirkungen nicht an den europäischen Grenzen halt machen.

3. In Schweden, Norwegen, Dänemark und Frankreich wird bereits eine Steuer auf Pestizide erhoben.⁸ Befürworten Sie die Einführung einer Abgabe auf Kunstdünger und Pestizide auf nationaler oder EU-Ebene?

Nur gemeinsam auf EU-Ebene Auch als nationale Regelung Nein

Begründung:

Mein Ziel ist es, den Landbau ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig weiterzuentwickeln. Dafür müssen Klima-, Natur- und Artenschutzleistungen bei zukünftigen politischen Entscheidungen berücksichtigt und auch gewürdigt werden. Es sollen so wenig chemische Pflanzenschutzmittel wie mögliche eingesetzt werden. Deshalb muss die Entwicklung nicht chemischer Bekämpfungsmöglichkeiten, mechanischer Verfahren und biologischen Pflanzenschutzes, die Resistenzzüchtung und die Reduzierung des Einsatzes durch Weiterentwicklung der Technik und der Digitalisierung vorangetrieben werden. Ich strebe an, dass uns neue und umweltfreundlichere Pflanzenschutzmittel zur Verfügung stehen.

4. Wie soll sich die Menge der Nutztiere in Deutschland verändern?

Deutliche Reduktion Leichte Reduktion Keine Veränderung

Begründung:

Statt einer Reduktion der Nutztiermenge halte ich die schnelle Umsetzung von Innovationen sowie die Förderung von Investitionen in Tierwohl für die geeignetere Lösung. Durch den Erlass eines Tierwohlstall-Förderungsgesetzes, die Entwicklung emissionsarmer Modellställe sowie die Unterstützung unsere Landwirte beim Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Empfehlungen der Borchert-Kommission erreichen wir mehr Tierwohl. Denn wenn wir das Fleisch, die Milch oder die Eier nicht selbst erzeugen, importieren wir die Produkte aus unserem gesamten Binnenmarkt und haben dadurch deutlich weniger Einflussmöglichkeiten.

⁷ https://ec.europa.eu/food/horizontal-topics/farm-fork-strategy_en

⁸ <https://www.helmholtz.de/erde-und-umwelt/umweltforscher-fordern-pestizidabgabe/>

https://blog.gls.de/landwirtschaft/pestizidabgabe-agrarwende-politisch-anpacken/?pk_campaign=kn10321

<https://www.greenpeace.ch/static/planet4-switzerland-stateless/2019/>

<http://www.umweltinstitut.org>



5. Sind Sie für eine transparentere Kennzeichnung nachhaltiger Lebensmittel im Supermarkt (z.B. Angabe der CO₂-Äquivalente der Produkte, Wasser- und Flächenverbrauch)?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich befürworte die Sichtbarmachung, Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der gesamten Herstellungskette. Deshalb möchte ich, dass wir uns in der EU für eine verbindliche aussagekräftige Herkunfts- und Haltungskennzeichnung einsetzen. Zudem soll die Kennzeichnung regionaler Produkte in Deutschland für den Verbraucher transparent und eindeutig sein. Deshalb unterstütze ich die Forderung, dass sich Bund und Länder auf verbindliche Mindeststandards für die Werbung mit Regionalprodukten einigen. Des Weiteren sollte das "Regional-Fenster", mit dem die Bundesregierung eine informative Kennzeichnung regionaler Erzeugnisse geschaffen hat, im Rahmen einer Transparenzoffensive bekannter gemacht werden, mehr Hersteller für die Verwendung gewonnen und Großverbraucher bei regionalen Lebensmitteln in die Verantwortung genommen werden.

6. Es gibt viele gute Gründe für eine weitgehend pflanzliche Ernährung,⁹ z.B. bessere Gesundheit, mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz, sicherere Nahrungsmittelversorgung, Risikoverminderung von Pandemien. Sind Sie dafür, dass das Essensangebot in öffentlichen Einrichtungen größtenteils vegetarisch und vegan ist?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Für eine gesundheitsförderliche, ausgewogene und nachhaltige Ernährung sollten überall gute Rahmenbedingungen geschaffen werden. Für jede Bürgerin und jeden Bürger soll es beim Einkauf und beim Essen außer Haus einfach möglich sein, selbst eine gesunde Wahl zu treffen.



- 7 Nach der im Jahr 2007 beschlossenen Nationalen Biodiversitätsstrategie (NBS) sollten eigentlich schon bis zum Jahr 2020 mindestens 5 Prozent der Wälder (10% im öffentlichen Wald) aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden und sich durch Naturverjüngung (nach dem Motto „Natur Natur sein lassen“) selbst entwickeln. Auch im Wirtschaftswald sollten zunehmend resilientere und als THG-Speicher (in Wuchs-, Zerfalls- und Totholzphase) besser geeignete heimische Laubbaumarten gepflanzt werden. Nadelhölzer, insbesondere invasive Arten wie die Douglasie, sind keine Lösung.

Werden Sie sich für die schnellstmögliche Umsetzung der Ziele der NBS einsetzen, insbesondere für die Herausnahme besonders wertvoller Waldbereiche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung? Werden Sie sich für die großflächige Umsetzung des naturnahen Waldbaus mit klimaresilienteren und THG-speichernden Laubbaumarten einsetzen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich unterstütze das Vorlegen einer nationalen Biodiversitätsstrategie, die sich an den Zielen der Europäischen Biodiversitätsstrategie und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) orientiert.

8. Wald und ungenutzte Flure sind die letzten Bereiche, die Rückzugsgebiete für Tiere sein können. Aufgrund zunehmend intensiverer Agrar- und Forstwirtschaft werden Tiere aus diesen Bereichen immer weiter verdrängt. Der Eingriff in die Natur und die Beeinträchtigung des tierischen Waldlebens haben ebenso durch Freizeitaktivitäten deutlich zugenommen.

In welcher Weise wollen Sie sich für einen nachhaltigen Schutz von Wald und Flur zur Bewahrung von Artenvielfalt einsetzen?

Freitextantwort

Deutschland ist Waldland Nummer 1 in Europa. Das soll es bleiben. Unsere Wälder sind die grüne Lunge unseres Landes und besonders wichtige Klimaschützer. Bund und Länder haben ein 1,5-Milliarden-Euro-Paket für die Wiederbewaldung, die Anpassung der Wälder an den Klimawandel und für die Unterstützung der nachhaltigen Forstwirtschaft geschnürt. Dieses Paket muss auch den Kleinwaldbesitzern zugänglich sein. Damit helfen wir den Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern beim Aufbau klimastabiler Mischwälder mit standortangepassten Baumarten. Um die CO₂-Minderung von Wald und Holz stärken, müssen Klimaschutzleistungen des Waldes unter Einbezug der Holzprodukte finanziell honoriert und eine CO₂-Bindungsprämie eingeführt werden. So kann die Klimaleistung des Waldes dauerhaft und verlässlich abgegolten werden. Ich plädiere für den Einsatz in der Europäischen Union, dass der Waldschutz ein wichtiger Bestandteil des Green Deals wird und überall in Europa mehr für die Wälder getan wird. Zudem muss die Senkenleistung des Waldes gestärkt werden.



- 9 In Deutschland sind lediglich 8 Prozent der Gewässer ökologisch intakt.¹⁰
Die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sind noch lange nicht erreicht.
Sind Sie für die Renaturierung von Gewässern
(z.B. das Anlegen von Retentionsräumen)?
Sind Sie für die Förderung von nachhaltiger Fischerei und für die Ausweitung von
Schutzgebieten in den Gewässern Deutschlands und der EU?

Mehrere Antworten möglich

Renaturierung von Gewässern

Nachhaltige Fischerei

Ausweitung von

Keins davon

SchutzgebietenBegründung:

Die Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie müssen umgesetzt werden. Es muss angestrebt werden, dass frei fließende Flüsse mit natürlichen Flussläufen als naturnahe Referenzflüsse ausgewiesen werden. Ich setze mich für naturnahe Binnen und den Außendeichbau sowie den Schutz unserer Auen ein, da sie der Hochwasserprävention an Flüssen und Küsten sowie dem Schutz unseres Lebens und unserer Lebensgrundlagen dienen. Ich möchte, dass die Anpassung der Fischerei im Klimawandel aktiv begleitet wird, ihre Wettbewerbsfähigkeit wie ökologische Nachhaltigkeit gestärkt und die regionale Erzeugung von Fisch als klimafreundliches und hochwertiges Nahrungsmittel gesichert wird. Dazu müssen unsere Schutzgebiete erhalten, weiterentwickeln und besser miteinander vernetzt werden.

10. Welche Rolle kommt Ihres Erachtens der (Re-)Aktivierung von CO₂-Senken zu
(z.B. Wiedervernässung von Mooren, Entsiegelung und Renaturierung von Flächen,
Senkung der Neuversiegelungsrate)?

Freitextantwort

Seit dem Jahr 2000 hat sich der Flächenverbrauch halbiert. Dies ist ein gutes Zeichen, gleichermaßen haben wir uns zu einem sorgsamem Umgang mit unseren Böden verpflichtet. Daher müssen wir noch sensibler mit unseren Böden umgehen, die Versiegelung von Böden weiter reduzieren, Entsiegelung vorantreiben und der Nachnutzung von bereits versiegelten Flächen Priorität einräumen und diese programmatisch begleiten. Dort, wo die Nutzung Eingriffe in Natur und Landschaft nach sich zieht, gilt es die Kompensationsvorschriften des Naturschutz- und des Baurechts zu überprüfen und Kompensationsmaßnahmen so weiterzuentwickeln, so dass sie zielgerichtet die Biodiversität in der Region fördern und auf den Bodenschutz einzahlen.

¹⁰

<https://www.wwf.de/themen-projekte/fluesse-seen/wasser-politik-maerkte/wasserrahmen-richtlinie/zustand-der-gewaesser-in-deutschland/>
<https://www.umweltbundesamt.de/themen/gewaesser-in-deutschland-zustand-bewertung>



Energie

Die Energiewende ist essentieller Baustein für die Reduktion von Treibhausgasemissionen,¹¹ da das Verbrennen von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas) besonders viele Emissionen erzeugt. Sogar Organisationen, die den erneuerbaren Energien in der Vergangenheit kritisch gegenüberstanden, wie die aus der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) heraus gegründete IEA (Internationale Energie Agentur), halten das sehr ambitionierte Ziel von 1,5 Grad Celsius Erderwärmung für erreichbar und entwerfen Wege zur Umsetzung.

1. Ist ein Kohleausstieg bis 2038 ausreichend?

Ja Nein, er sollte früher geschehen – bis spätestens möglichst vor 2038

2. Ist ein Mindestabstand von Windrädern zu Wohnbebauungen von pauschal 1000 Metern sinnvoll?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Die derzeit bestehende Länderöffnungsklausel für die Windenergie an Land ermöglicht den Ländern, einen Mindestabstand von bis zu 1.000 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohngebäuden in ihre Landesgesetze aufzunehmen. Auf diese Weise können die Länder individuell über die Abstandsregeln entscheiden. Darin sehe ich ein Zeichen für flexible Lösungen vor Ort und die Schaffung von mehr Akzeptanz für die Windkraft. So kann der Windenergieausbau wieder vorangetrieben werden.

3. Eine Solarpflicht für Neubauten und grundlegende Dachsanierungen sollte eingeführt werden, um vorhandene geeignete Photovoltaik-Dachflächen für die Stromproduktion zu nutzen.

Stimmen Sie zu?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Jeder muss ein Solardach bekommen können und nicht aus finanziellen Gründen auf ein Solardach und damit auf die Teilnahme an den Erneuerbaren Energien verzichten. Um dies zu erreichen befürworte ich die Schaffung eines KfW-Deutschland-Dach-Programmes, mit dem jeder Eigentümer ein zinsloses Darlehen erhalten kann.

¹¹ <https://iea.blob.core.windows.net/assets/0716bb9a-6138-4918-8023-cb24caa47794/NetZeroBy2050-ARoadmapfortheGlobalEnergySector.pdf>



4. Welche Hemmnisse für den Bau und Betrieb von Solar- und Windanlagen möchten Sie vordringlich beseitigen?

1. Hemmnis: Entlastungspaket für die Erneuerbaren Energien

Lösungsansatz:

Die Erneuerbaren Energien mit einer auf CO₂ ausgerichteten Klimateffizienzreform umfassend von Bürokratie und Abgaben, von Steuern und Umlagen befreien sowie die Zahlung der EEG-Umlage komplett abschaffen.

2. Hemmnis: Erhöhung des Photovoltaik-Zubaus

Lösungsansatz:

Ein KfW-Deutschland-Dach-Programm auflegen, mit dem jeder Eigentümer ein zinsloses Darlehen erhält.

3. Hemmnis: Windanlagen schneller genehmigen und naturverträglich ausbauen

Lösungsansatz:

Zuständigkeiten sollen gebündelt sowie maximale Bearbeitungszeiten für Genehmigungen festgesetzt werden. Der Verwaltungsrechtsweg von Planungsverfahren soll verkürzt und das Verbandsklagerecht gestrafft, regional begrenzt sowie zeitlich gebündelt werden. Mit dem Repowering soll die Produktion der bestehenden Windenergieanlagen vervielfacht werden. Zudem soll die Verdichtung der bestehenden Windparks erleichtert werden.

5. Sehen Sie im Ausbau von Energiespeichern eine dringende Schwerpunktaufgabe, um eine vollständige Energiewende zu schaffen?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Wir brauchen Energiespeicher, um die Schwankungen der Erneuerbaren Energie in wind- und sonnenschwachen Zeiten auszugleichen. Die dafür notwendige Technologieentwicklung und -umsetzung muss dafür weiter gefördert werden und zugleich muss geprüft werden, inwieweit der gespeicherte Strom von allen Umlagen und Entgelten befreit werden kann. Dabei muss der CO₂-neutrale Wasserstoff – als vielseitiger Energieträger, flexibler Energiespeicher und wichtiger Grundstoff für chemische Prozesse – eine wichtige Rolle spielen. Wasserstoff ermöglicht eine Dekarbonisierung auch da, wo Erneuerbare Energie nicht direkt eingesetzt werden kann.

Ich erwähne hier auch den "Zukunftscluster Wasserstoff". Dabei handelt es sich um ein Verbundprojekt der RWTH Aachen und des Forschungszentrums Jülich, das nicht nur der Nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung wie auch der europäischen Wasserstoffstrategie entspricht, sondern auch Forschung und innovative Lösungen rund um Wasserstoffherzeugung, -speicherung und -nutzung enthält. Dieses Projekt gehört bereits zu den 16 Finalisten des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung veranstalteten Wettbewerbs "Clusters4future" und wird mit ca. 245.000 Euro gefördert.

Große Erwartungen richte ich an das Helmholtz-Cluster für nachhaltige und infrastrukturkompatible Wasserstoffwirtschaft (HC-H₂) am Forschungszentrum Jülich. Den Startschuss haben Armin Laschet, Ministerpräsident NRW, und Thomas Rachel, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, durch die Übergabe einer Förderurkunde über 860 Mio. Euro gegeben.



6. Hat Ihre Partei ein Programm mit konkreten Maßnahmen, Ausbauplänen und daraus resultierenden CO₂-Einsparungen, durch das der Stromsektor Deutschlands bis 2030 klimaneutral werden kann?¹²

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Deutschland soll so schnell wie möglich seinen Strombedarf zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien decken. Dafür müssen Erneuerbare Energien von Bürokratie und Abgaben, Steuern und Umlagen befreit werden. Dies gilt auch für das Speichern von Strom. Die EEG-Umlage soll abgeschafft werden. Auch soll es eine "Forschungs- und Innovationsoffensive", eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und ein digitales, öffentliches Kataster für Energieanlagen geben. Auch der Netzausbau soll beschleunigt werden. Mit einem KfW-Deutschland-Dach-Programm soll jeder Eigentümer ein zinsloses Darlehen erhalten können. Der Bund soll seine Immobilien und Flächen mit Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen und auch Windkraftanlagen ausstatten.

- 7 In welcher Weise wollen Sie technologische Maßnahmen zur CO₂-Rückholung aus der Atmosphäre voranbringen?

Freitextantwort

Die direkte Entnahme von CO₂ aus der Atmosphäre ist derzeit noch nicht ausreichend erforscht. Deshalb unterstütze ich die bereits von der Bundesregierung in die Wege geleiteten Forschungsvorhaben. So hat beispielsweise das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Jahr 2020 zwei Förderbekanntmachungen zur Erforschung von marinen und terrestrischen CO₂-Entnahmemethoden veröffentlicht. Die im Sommer bis Herbst 2021 startenden Forschungsprojekte werden im Rahmen der Förderbekanntmachung "Methoden zur Entnahme von atmosphärischem Kohlendioxid (Carbon Dioxide Removal)" sowie der Forschungsmission "Marine Kohlenstoffspeicher als Weg zur Dekarbonisierung der Deutschen Allianz Meeresforschung" terrestrische und marine CO₂-Entnahmemethoden erforschen. Beide Förderrichtlinien haben zum Ziel, die Bewertungskompetenz zu CDR-Methoden in Bezug auf Potenziale und Umsetzbarkeit, Risiken sowie Wechselwirkungen mit anderen Nachhaltigkeitszielen und komplexen und weitreichenden Wirkungszusammenhängen im Erd- und Klimasystem zu erhöhen. Da wir bis 2045 Treibhausgasneutralität erreicht haben wollen, müssen wir diese Technologien schnell erforschen und nach Möglichkeit anschließend auch einsetzen.



Verkehr

In Anbetracht der im neuen Klimaschutzgesetz beschlossenen Sektorziele muss auch der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor in Deutschland deutlich reduziert werden. Im Vergleich zum Referenzjahr 1990 gab es im Verkehrsbereich keine Reduktion von CO₂-Emissionen.¹³

1. Das Umweltbundesamt hat im Jahr 2020 berechnet, dass ein Tempolimit auf Autobahnen zu erheblichen jährlichen CO₂-Einsparungen führen kann.¹⁴

Da diese Maßnahme finanziell und organisatorisch günstig ist (etwa im Vergleich zu Kaufprämien für E-Autos) und außerdem zu mehr Verkehrssicherheit sowie Lärm-/Schadstoffreduktion beiträgt: Wie stehen Sie zu einem Tempolimit auf Autobahnen, wie es in allen anderen Ländern der EU und des Schengen-Raumes existiert (zwischen 100 und 130 km/h)?

- Tempolimit von 130 km/h (1,9 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Tempolimit von 120 km/h (2,6 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Tempolimit von 100 km/h (5,4 Millionen Tonnen jährliche Einsparung)
- Ich bin gegen ein Tempolimit auf Autobahnen.

Begründung:

Ich bin der Meinung, dass ein generelles Tempolimit gegen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit bei staatlichen Eingriffen in die individuelle Entscheidungsfreiheit verstößt. Der damit erreichbare Nutzen ist auch durch mildere Mittel erreichbar. Anstelle von Verboten halte ich positive Anreize für den geeigneteren Weg zu mehr Verkehrssicherheit und zur Erreichung der klimapolitischen Zielsetzung im Verkehrssektor. Hinsichtlich der Senkung des CO₂-Ausstoßes im Verkehrsbereich sollte weiterhin auf Anreize für ein klimaschonendes Mobilitätsverhalten sowie auf Förderung von innovativen Technologien, wie zum Beispiel des automatisierten und vernetzten Fahrens und der Förderung von alternativen Antrieben gesetzt werden. Kohlendioxidemissionen lassen sich am effektivsten dort vermeiden, wo sie entstehen – bei der Verbrennung von fossilen Treibstoffen im Motor. Deshalb werden Plug-in-Hybride, Batterieantriebe und Brennstoffzellen im Personen- und Güterverkehr auf der Straße (z. B. für Pkw), im Schienenverkehr (Diesel-Hybrid-Traktion), im Luftverkehr (z. B. Brennstoffzellen für die Bord-Energieversorgung) sowie in der Schifffahrt (Brennstoffzellen für die Stromversorgung) gefördert. Ich befürworte weiterhin die technologieoffene Förderung alternativer Antriebe, um so den Schadstoffausstoß im Verkehrsbereich dauerhaft zu senken. Zudem gibt es dort, wo eine erhöhte Achtsamkeit erforderlich ist, bereits Tempolimits auf Autobahnen.

¹³ <https://www.umweltbundesamt.de/daten/verkehr/emissionen-des-verkehrs#minderungsziele-der-bundesregierung>
¹⁴ <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/verkehrsplanung/tempolimit#tempolimit-auf-autobahnen>
<https://www.br.de/radio/bayern1/tempolimit-europa-100.html>



2. In Aachen kommen momentan 446 PKW auf 1000 Einwohner*innen.¹⁵ Der aktuelle Bundesdurchschnitt liegt bei 580 PKW pro 1000 Einwohner*innen. Wie sollte sich dieser Wert für Aachen nach einer ökologischen Verkehrswende (2030) entwickelt haben?

- gewachsen um ca. + _____ %
- gesunken um ca. - _____ %
- gleich bleiben +/- 0%

Begründung:

Menschen sollen so mobil sein, wie sie es möchten: individuell, flexibel und umweltfreundlich. Dabei ist mir die Wahlmöglichkeit zwischen den Verkehrsangeboten genauso ein Anliegen wie die Vernetzung und Digitalisierung von Mobilitätsformen. Mein Ziel ist es, überall ein bedarfsgerechtes Grundangebot im öffentlichen Verkehr sicherzustellen – auch auf dem Land. Der Umstieg in emissionsfreie Mobilität muss für uns alle attraktiv gestaltet werden. Deshalb setze ich neben der Elektromobilität auch auf synthetische Kraftstoffe im Straßenverkehr und möchte sie – wie Wasserstoff – perspektivisch auch im Schwerlastverkehr einsetzen.

3. Werden Sie sich gegen den Ausbau des Straßen-/Autobahnnetzes in Deutschland aussprechen? Werden Sie sich stattdessen für eine massive Förderung des Schienenverkehrs und die schienengebundene Anbindung des ländlichen Raumes einsetzen?

Freitextantwort

Eine starke Schiene und der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sind bedeutende Faktoren für die Dekarbonisierung des Verkehrs. Der Schienenverkehr muss mit dem Deutschlandtakt gestärkt werden. Mit einem attraktiven Angebot der Deutschen Bahn sollen maximale Synergien bei Güter- und Personenverkehr in unserem Schienensystem genutzt werden. Attraktive Verkehrskonzepte umfassen eine echte Verzahnung zwischen motorisiertem Individualverkehr und dem ÖPNV. Mobilitätsstationen sollen entlang wichtiger Infrastruktur entstehen und durch vernetzte Wegeketten eine effektive Stütze für die nachhaltige Mobilität bilden. Dafür müssen bestehende Park & Ride-Angebote weiterentwickelt und beispielsweise solargetriebene Lademöglichkeiten für PKW, E-Roller und E-Bikes integriert werden. Poolingangebote und Bedarfshalte sind eine weitere wichtige Ergänzung des öffentlichen Verkehrs, für die bereits rechtssichere Rahmenbedingungen geschaffen wurden und nun die neue Mobilität bei der Personenbeförderung voranbringen sollen.

4. Soll im Jahr 2030 der nachhaltige öffentliche Personenverkehr deutlich günstiger sein als die Nutzung z.B. des motorisierten Individualverkehrs oder des Flugverkehrs?

- Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich spreche mich für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs aus. Nur durch Preissenkungen wird das Angebot langfristig allerdings nicht attraktiver. Hohe Taktraten und eine Verdichtung des Betriebsnetzes sind genauso wichtig und müssen vorangetrieben werden. Deshalb steht für mich zunächst an erster Stelle, das Umsteigen vom Auto in den ÖPNV einfacher zu gestalten.



Städtebau, Bauen, Stadtgrün

„Deutschland ist gebaut“ – und circa 40% des deutschen Energieverbrauchs entfallen auf den Bausektor, inklusive des Betriebs der Gebäude. Ebenso werden etwa 54% des Mülls durch ihn verursacht. Der Ressourcenverbrauch ist mit einem ungefähren Anteil von 40% zu beziffern. Daher bietet der Bausektor eines der größten Einsparpotentiale aller Sektoren.

Auf EU-Ebene werden zurzeit weitgehende Vorgaben entwickelt, um das nachhaltige Bauen voranzutreiben sowie einen Städtebau zu forcieren, der die Folgen des Klimawandels abmildern soll. Hier sind der European Green Deal¹⁶, das New European Bauhaus¹⁷, aber auch die EU-Taxonomie¹⁸ zu nennen.

1. Welche Strategien und konkrete Maßnahmen für das nachhaltige Bauen und einen Städtebau für die Klimafolgenanpassung wollen Sie auf Basis der Vorgaben der EU¹⁹ in der nächsten Wahlperiode prioritär initiieren bzw. fördern?

Lösungsansatz 1 Verwendung von umweltfreundlichen Baustoffen

Begründung:

Das Bauen mit Holz und die Verwendung von Recyclingmaterial muss deutschlandweit stärker vorangebracht werden.

Lösungsansatz 2 Bauwirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft werden

Begründung:

Die Bauwirtschaft soll zu einer Kreislaufwirtschaft werden, die auf mehr heimischen Baustoffen – wie zum Beispiel Sand, Gips und Holz – basiert und Recyclingmaterial in Bauteilen nutzt.

Lösungsansatz 3 vorhandene Potenziale ausschöpfen

Begründung:

Große Potenziale von Nachverdichtung, Aufstockung von Gebäuden, An- und Ausbauten, Überbauung von Parkplätzen und Supermärkten sowie der Brachflächenentwicklung müssen ausgeweitet werden. Um dies zu erreichen müssen die Brachlandentwicklung im Rahmen der Städtebauförderung verstärkt und die Nachverdichtung gefördert werden.

Lösungsansatz 4 nachhaltiges und bezahlbares Bauen

Begründung:

Dieser Lösungsansatz kann nur durch das Verwenden von umweltfreundlichen Baustoffen, durch das Ausweisen von flexiblem Bauland unter gleichzeitiger Geringhaltung des Flächenverbrauchs sowie durch barrierefreies Bauen und durch die Förderung des sozialen Wohnungsbaus erreicht werden.

¹⁶ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

¹⁷ https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de

¹⁸ https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie_de

¹⁹ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de

https://europa.eu/new-european-bauhaus/index_de

https://ec.europa.eu/germany/news/20210421-eu-taxonomie_de



2. Die allergrößte Aufgabe im Bausektor ist die Sanierung des Bestands - nicht der Neubau. Hierbei ist es erforderlich, nicht ausschließlich auf energieeffiziente Maßnahmen auf Gebäudeebene zu setzen. Eine CO₂-neutrale Versorgung unserer Quartiere und Städte spielt hier die zentrale Rolle.

Wie möchten Sie auf Bundesebene über Fördergelder hinaus Maßnahmen anstoßen, um innovative und großräumige Prozesse für klimaneutrale Quartiere zu initiieren und schnell umzusetzen?

Lösungsansatz 1 Quartiere neu denken

Begründung:

Menschen müssen ihre täglichen Bedarfe möglichst mit kurzen Wegen und ohne Verkehr zu produzieren wohnortnah erledigen können. Daher ist der Erhalt aktiver lebendiger Zentren notwendig.

Lösungsansatz 2 Nachverdichtung und die Nutzung von Brachflächen

Begründung:

So können die vorhandene verkehrliche Infrastruktur und die Siedlungsstrukturen in der Nachbarschaft genutzt werden.

Lösungsansatz 3 stärkere Aktivierung von Quartiersansätzen

Begründung:

Energetische Baustandards müssen unter Beachtung der technischen und wirtschaftlichen Umsetzbarkeit sorgsam weiterentwickelt werden.

Lösungsansatz 4 neue Umbaukultur

Begründung:

Es soll mehr bezahlbarer Wohnraum und neues Leben in alten Gebäuden herbeigeführt werden.

3. Der gesamte Lebenszyklus einer Immobilie steht nicht mehr im Fokus der Investitionen im Gebäudebereich. Investitionen müssen vielfach nach 12-15 Jahren zurückverdient sein. Dies hat nicht nur rasant steigende Mieten, sondern auch einen immensen Flächenverbrauch und erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt zur Folge. Möchten Sie die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, damit der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes den Rahmen für eine Investition bildet?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Mit dem Start einer Holzbauoffensive soll der Lebenszyklus eines Gebäudes beachtet werden. Mit der Offensive sollen der Einsatz von Holz als Bau-, Werk- und Brennstoff vorangebracht und Hemmnisse abgebaut werden. Weiterhin unterstütze ich die Verwendung von Leichtbaumaterialien sowie die Wiederverwendung von Modulbau.



4. Um CO₂-Emissionen zu vermindern und Ressourcen zu sparen, ist es erforderlich, den Baubestand zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dadurch wird gegenüber dem Neubau signifikant weniger CO₂ emittiert und es werden in erheblichem Umfang Ressourcen gespart.

Unterstützen Sie gesetzliche Vorhaben²⁰, welche Abriss vermeiden und eine Weiterentwicklung des Bestandes fördern?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Für mich gilt: Alte Gebäude müssen auf den heutigen Stand gebracht und energetisch saniert werden. Wo hingegen Wohnraum teuer ist oder fehlt, muss mehr, schneller, moderner und bezahlbar gebaut werden. Des Weiteren wird die innerörtliche Entwicklung oft durch Probleme bei der Umnutzung und den Umbau bestehender Altgebäude und ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude erschwert. Hier sind gesetzliche Lockerungen beim Denkmal- und Bestandsschutz angezeigt, um den innerörtlichen Wohnungsbau und die Innenentwicklung zu ermöglichen. Dasselbe gilt für Vereinfachungen in den Bauordnungen.

5. Für den noch erforderlichen Neubau ist es notwendig, dass Recyclingquoten im Sinne der Kreislaufwirtschaft festgelegt werden. Ebenso muss der Anteil des Einsatzes von natürlichen Materialien gestärkt werden, welche wieder der Natur zugeführt werden können (urban mining / cradle to cradle).

Möchten Sie für den Neubau eine Quote für den Einsatz von rezyklierten und natürlichen Materialien von

100% 75% 50% 0% einführen

Begründung:

Bei Neubauvorhaben setze ich mich für die technologieoffene Förderung nachhaltiger und innovativer Baustoffe ein, die ressourcenschonend produziert und auch wiederverwertet werden können. Eine Holzbauoffensive wäre ein erster Schritt, um direkt stärker in das nachhaltige Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen einzusteigen. Besonders wichtig aus Klima-, Ressourcen- und Umweltschutzgründen ist auch die Entwicklung und der Einsatz von Recycling-Baustoffen im Tief-, aber perspektivisch auch im Hochbau. Um diese voranzubringen, muss zügig eine bundeseinheitlichen Ersatzbaustoffverordnung verabschiedet werden, die rechtsverbindlich Anforderungen an die Herstellung und den Einbau mineralischer Ersatzbaustoffe, d. h. Recycling-Baustoffe aus Bau- und Abbruchabfällen, Schlacken aus der Metallerzeugung und Aschen aus thermischen Prozessen, festlegt.



6. Wir brauchen eine durchgrünte und damit lebenswerte Stadt.²¹ Dies beginnt bei hochwertiger Aufenthaltsqualität und geht über Entsiegelung, Renaturierung im städtischen Umfeld, Biodiversität, urbane Landwirtschaft, Wassermanagement (Schwammstadt), Maßnahmen gegen die Aufheizung der Städte bis zur Begrünung von Gebäuden.

Wie möchten Sie Prozesse anstoßen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen ändern, damit diese Maßnahmen flächendeckend in Deutschland umgesetzt werden?

Lösungsansatz 1 **Nachverdichtung**

Begründung:

Die Nachverdichtung hat Vorrang, um möglichst viele Grünflächen für die Naherholung zu erhalten.

Lösungsansatz 2 **Versiegelung, Entsiegelung, Nachnutzung**

Begründung:

Um die Schöpfung zu bewahren, müssen die Versiegelung weiter reduziert und die Entsiegelung und die Nachnutzung von bereits versiegelten Flächen vorangetrieben werden.

Lösungsansatz 3 **Biodiversitätsstrategie**

Begründung:

Um die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, befürworte ich, dass eine nationale Biodiversitätsstrategie vorgelegt wird, die sich an den Zielen der Europäischen Biodiversitätsstrategie und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) orientiert.

Lösungsansatz 4 **Überprüfung Kompensationsvorschriften**

Begründung:

Dort, wo die Nutzung Eingriffe in Natur und Landschaft nach sich zieht, müssen die Kompensationsvorschriften des Naturschutz- und des Baurechts überprüft. Kompensationsmaßnahmen so weiterentwickelt werden, dass sie zielgerichtet die Biodiversität in der Region fördern. Dabei setze ich auf einen in die Landwirtschaft integrierten Ausgleich, auf die qualitative Aufwertung von Biotopen und den Einsatz von Ersatzgeldzahlungen für die Instandhaltung und den Erhalt von Biotopen.



5. Ökologisch bereits wirksame Grünstrukturen wie z.B. Parks, Friedhöfe und Kleingartenanlagen und verwilderte Brachen dürfen nicht gefährdet werden. Eingriffe in diese Strukturen sollten nicht oder nur sehr sensibel erfolgen. Setzen Sie sich nachdrücklich für den Erhalt von urbanen Grünflächen ein?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Grünflächen, Parks und andere Biotope sind nicht nur für die Verbesserung der Lebensqualität der Bürger wichtig, sondern nutzen auch der Biodiversität. Deshalb bekenne ich mich zu einer innovativen Weiterentwicklung urbaner Räume. Ich setze mich für die Entwicklung von Smart-City-Konzepten sowie für ein eigenständiges Programm für mehr Grünflächen und natürliche Vielfalt in der Stadt ein.



Abfall, Recycling, Kreislaufwirtschaft

Die Vermeidung von Abfällen durch Wiederverwendung und Reparatur ist in den allermeisten Fällen die klimaschonendste Maßnahme. Ist dies nicht möglich, lassen sich durch Recycling Emissionen verhindern und natürliche Ressourcen schonen.

1. Sind Sie für die Ausweitung eines für Hersteller verpflichtenden Pfandsystems/Mehrwegsystems auf weitere Bereiche (z.B. Weinflaschen, Aufstrichgläser, Take-Away-Verpackungen in der Gastronomie)? Dieses System muss lange Transportwege vermeiden und daher auf standardisierten Verpackungen/Behältnissen basieren.²²

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Ich möchte weitere Anreize setzen, weniger Abfall zu produzieren, abfallarme Produkte zu entwickeln und die Möglichkeiten einer stofflichen Wiedernutzung von Recyclingrohstoffen zu verbessern. Deutschland muss eine Abkehr von der Wegwerf-Gesellschaft erreichen.

2. Wie stehen Sie zu einem Recht auf Reparierbarkeit?

Freitextantwort

Im Sinne einer intakten Kreislaufwirtschaft ist es ein Anliegen, die kostbaren Rohstoffe möglichst lang zu nutzen. Daher soll in der kommenden Legislaturperiode eine Regelung gefunden werden, die sowohl aus Sicherheits- wie aus Rohstoffeffizienzgründen, hinreichende Rahmenbedingungen schafft. Zu beachten ist, dass eine lange Nutzungsdauer von Produkten aus Sicht der Nachhaltigkeit nicht immer begrüßens- und wünschenswert ist. Dies gilt jedenfalls dann, wenn die lange Nutzungsdauer eines nicht-nachhaltig hergestellten Produktes der Nutzung eines nachhaltig an Umwelt- und Sozialaspekten in der Herstellung orientierten Produktes entgegensteht. Daher ist es gegebenenfalls sinnvoller, an ein nachhaltiges Produktdesign anzuknüpfen.



3. Frankreich hat 2020 einen Reparierbarkeitsindex²³ (in schwacher Form) für elektrische Geräte eingeführt.

Können Sie sich vorstellen, den Blauen Engel um die Kategorie „Reparierbarkeit“ zu erweitern, sodass beim Einkauf leicht nachvollziehbar ist, wie leicht ein Produkt repariert werden kann?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

Im Sinne einer intakten Kreislaufwirtschaft ist es sinnvoll, die kostbaren Rohstoffe möglichst lang zu nutzen. Daher soll in der kommenden Legislaturperiode eine Regelung gefunden werden, die sowohl aus Sicherheits- wie aus Rohstoffeffizienzgründen, hinreichende Rahmenbedingungen schafft.

4. Durch das Erschließen neuer Rohstoffvorkommen entstehen massive Umweltschäden²⁴ (beispielsweise in Regenwäldern und am Meeresgrund). Der Abbau neuer Rohstoffe lässt sich durch geschlossene Rohstoffkreisläufe wenigstens verringern.

Sehen Sie daher die Notwendigkeit, eine vollumfassende Kreislaufwirtschaft in Deutschland zu etablieren?

Ja Eher ja Eher nein Nein

Begründung:

In den vergangenen Jahren sind wir im Bereich Kreislaufwirtschaft bereits gut vorangekommen. Gleichwohl ist die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft eine unserer zentralen umwelt-, aber auch wirtschaftspolitischen Aufgabe. Der politische Rahmen für Kreislaufwirtschaft muss künftig weiter gestärkt werden und Innovationen in diesem Bereich beschleunigt werden.

²³ <https://posteo.de/en/news/france-will-issue-repairability-scores-for-gadgets-from-2021>
²⁴ <https://www1.wdr.de/radio/wdr5/sendungen/dok5/ecuador-kupferminen-bergbaufirmen-100.html>